



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Angelika Weikert SPD**

Drs. 17/10320, 17/12006

Bericht zu Bauarbeiten am Strafjustizzentrum Nürnberg

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag in schriftlicher und in mündlicher Form zu berichten, welche Erkenntnisse ihr zur Beschäftigung rumänischer Arbeitnehmer auf der Baustelle des neuen Strafjustizzentrums in Nürnberg vorliegen.

Zudem wird die Staatsregierung aufgefordert zu berichten, wie sie die Einhaltung bestehender Tarifvereinbarungen und Mindestlohnvorschriften bei öffentlichen Aufträgen und Vergaben gewährleistet.

Der Bericht muss mindestens auf folgende Punkte eingehen:

- Wie lief das Vergabeverfahren zur Errichtung des neuen Strafjustizzentrums in Nürnberg ab?
- Wurde bei der Auftragsvergabe auf die Einhaltung von Tarifverträgen und Arbeitsbedingungen nach deutschem Arbeitsrecht geachtet und war das Teil der Ausschreibung?
- Welches Unternehmen erhielt den Auftrag und wie wurde der Auftrag vertraglich gestaltet?
- Wie viele Subunternehmer hat der Auftragnehmer des Rohbaus während der Bauarbeiten eingeschaltet?
- Auf welcher vertraglichen Basis waren die rumänischen Arbeitnehmer bei wem beschäftigt?
- Wann und wie oft wurde die Baustelle durch das Staatliche Bauamt kontrolliert und wurden darüber Berichte angefertigt?
- Zu welchem Zeitpunkt erhielt das Staatliche Bauamt Kenntnis davon, dass rumänische Arbeitnehmer auf der Baustelle des Strafjustizzentrums in Nürnberg beschäftigt sind und für ihre Arbeit nicht entlohnt wurden?

- Wurden die Lohnforderungen der Arbeitnehmer – auch derjenigen, die bereits nach Rumänien zurückgekehrt sind – zwischenzeitlich erfüllt?
- Falls ja, entsprechen diese Zahlungen den vereinbarten Arbeitsbedingungen und waren diese tarifgerecht?
- Falls nein, wann erfolgen diese Zahlungen und werden den Arbeitnehmern Entschädigungsleistungen für den Lohnausfall erstattet?
- Trifft es zu, dass Arbeitnehmer auf der Baustelle übernachtet beziehungsweise gewohnt haben und wie waren die Bedingungen dieser „Wohnform“? Wurde dafür Geld verlangt?
- Welche Ergebnisse erbrachten die Überprüfungen der Baustelle durch das Hauptzollamt Nürnberg?
- Welchen Verlauf nahmen die Gespräche zwischen dem Staatlichen Bauamt und dem Hauptunternehmer zu den Vorwürfen und welche Ergebnisse erbrachten sie?
- Welche Konsequenzen hat die Staatsregierung in Folge der erhobenen Vorwürfe für die weitere Ausführung der Bauarbeiten am Strafjustizzentrum Nürnberg gezogen?
- Welche Möglichkeiten hat der Freistaat Bayern als Auftraggeber, Informationen über die korrekte Zahlung von Löhnen und die Einhaltung tariflich festgelegter Arbeitsbedingungen bei seinen Vergaben und Aufträgen anzufordern?
- Wie gewährleistet die Staatsregierung, dass bei Vergaben und Aufträgen des Freistaates Bayern berechnete Lohnforderungen erfüllt sowie tarifliche und gesetzliche Arbeitsvorschriften eingehalten werden?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin